

Einzelpreis  
80 Groschen

Im Wochen-  
abonnement  
S 3'70  
in jeder  
Verschleißstelle

Im Monats-  
abonnement  
S 16.—  
auch per Post

# Arbeiter-Zeitung

## Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Nummer 272

Wien, Sonntag, 22. November 1953

Gegründet 1889

## Österreichs außenpolitische Aussichten

### Vizekanzler Dr. Schörf über seine Londoner Reise

Vizekanzler Dr. Schörf ist gestern aus London auf dem Schwedener Flughafen eingetroffen. Wie er einem Berichterstatter der APA erklärte, hat er sich nur zwei Tage in London aufgehalten.

Am ersten Tag nahm er an den Beratungen des Büros der Sozialistischen Internationale teil und hatte außerdem Besprechungen mit den außenpolitischen Beratern der Labour-Party, wobei Gelegenheit geboten war, über alle aktuellen Fragen der Außenpolitik ein Bild zu gewinnen. Am zweiten Tag besuchte Vizekanzler Dr. Schörf den Außenminister Eden und Beamte des englischen Außenamtes.

#### Besprechungen über Österreich

In Beantwortung einer Frage erklärte Dr. Schörf, es sei richtig, daß er mit Außenminister Eden über die allgemeinen Fragen im Zusammenhang mit

der österreichischen Außenpolitik gesprochen habe. Er habe mit ihm und den Beamten des Außenamtes alle für Österreich wichtigen Fragen berührt.

Die Bermudakonferenz werde, wie der Vizekanzler meint, den Zweck nicht erfüllen, den man ihr geben wollte, da sie keine Viermächtekonferenz sei. Um die Möglichkeit eines anderen Weges der Einigung über Österreich befragt, erwiderte der Vizekanzler, er sei der Meinung, daß derzeit niemand einen anderen Weg sehe. Nach der letzten russischen Antwortnote, in der vom sogenannten diplomatischen Weg die Rede ist, seien mündliche Besprechungen auf höherer Ebene derzeit wohl nicht zu erwarten.

Auf die Frage, ob ein Verzicht auf das Bundesheer und auf den Beitritt zu einer militärischen Konvention das Zustandekommen des Staatsvertrages erleichtern würden, sagte Vizekanzler Dr. Schörf, daß derzeit diese Frage offiziell und inoffiziell keine Rolle spiele und daß er sie für verfrüht halte.

#### Österreich und Deutschland nicht vermengen!

Der Vizekanzler ist nicht der Ansicht, daß es günstig wäre, die deutsche und die österreichische Frage auf einer Ebene zu bereinigen.

Für den österreichischen Staatsvertrag ist bereits alles vorbereitet, er ist unterschreibensreif und eine Vermengung dieser Angelegenheit mit der deutschen Frage, in der die Verhandlungen kaum begonnen haben, würde ein Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages nur neuerdings verzögern.

## Der Menschenraub-beame

Dieses furchtbare Wort ist, wie von selbst, in den Berichten über den Fall des Kriminalbeamten Winterer aufgetaucht. Es drückt einen furchtbaren Tatbestand aus: es gibt in Österreich Beamte, noch dazu Beamte der Polizei, der Sicherheitsbehörde, die im Dienst oder unter dem Druck einer fremden Macht dazu mißbraucht werden, Verbrechen zu begehen. Zum Beispiel: „Wenn jemand ohne Vorwissen und Einwilligung der rechtmäßigen Obrigkeit sich eines Menschen mit List oder Gewalt bemächtigt, um ihn wider seinen Willen in eine auswärtige Gewalt zu überliefern“, sagt der Paragraph 90 unseres Strafgesetzes, dann begehrt er das Verbrechen des Menschenraubes. Dafür ist nach dem Gesetz eine Strafe von fünf bis zwanzig Jahren zu verhängen. Der Kriminalbeamte Winterer ist aber nicht bestraft, sondern aus der Untersuchungshaft entlassen worden — weil die Russen es unter Drohungen verlangt haben und weil die österreichischen Behörden, die darüber zu entscheiden hatten, nicht genug Rückgrat hatten, es zu verweigern.

Die Entscheidung ist wohl der Form nach eine gerichtliche; aber das macht die Sache nur noch schlimmer, weil es auch die Unabhängigkeit der österreichischen Justiz in Frage stellt, sie in den Kreis der in diesem Fall verletzten Rechtsgüter mit hineinzieht. Hätte ein Gericht in offener Verhandlung den Kriminalbeamten Winterer freigesprochen, so wäre das zwar wahrscheinlich ein Fehlurteil, aber dennoch unanfechtbarer gewesen als diese Freilassung, die, aus der Feilheit geboren, der Form nach die Verantwortung einer unteren Gerichtsinstanz auflastet und sie mit juristischen Argumenten und Ausflüchten bemäntelt.

Diese Ausreden sind, wir haben es schon bei der Veröffentlichung der Nachricht über die Freilassung gesagt, so faden-scheinig, daß auch der juristische Laie ihre Unstichhaltigkeit erkennt. Wohl der Beschuldigte Winterer mag sagen, er habe in seiner Tat kein Verbrechen erkennen können, denn er habe den Auftrag dazu von seinem Vorgesetzten, dem kommunistischen Polizeibezirksleiter Seiser bekommen: Dienst sei Dienst, auch wenn es, wie hier, Dienst für die Russen und ein Verbrechen nach dem österreichischen Gesetz ist. Aber dieser Behauptung des Beschuldigten stehen entgegen: Erstens: nach unserem Gesetz wird keine Straftat dadurch entschuldigt, daß der Täter zu ihr von einem anderen beauftragt oder angestiftet worden ist. Zweitens: selbst wenn man noch so sehr den dienstlichen Gehorsam des Kriminalbeamten Winterer gelten lassen wollte, selbst wenn man also zugibt, daß er sich bei den heute in Österreich herrschenden traurigen Verhältnissen nicht hätte weigern können; in seinem Dienstbereich einen österreichischen Staatsbürger auf russischen Befehl festzunehmen — in diesem Fall wußte er ganz genau, daß ihm ein Verbrechen aufgetragen war: denn er wurde beauftragt, den Chauffeur Spiekermann, der sich außerhalb der russischen Zone befand und den er daher dort nicht verhaften durfte, in die russische Zone zu locken. Und er hat es auf heimtückische und besonders hinterlistige Weise getan: indem er den armen Taxichauffeur als angeberlicher Fahrgast zu einer Fahrt aufnahm und ihn erst beim Polizeikommissariat Favoriten plötzlich festnahm und dann gefesselt den Russen auslieferte.

Das ist das Verbrechen des Menschenraubes, wie es im Strafgesetzbuch steht — ob Auftrag oder nicht! Und da dieser Tatbestand der listigen Verlockung des Opfers und seiner Auslieferung an eine fremde Gewalt unbestritten stand — auch der Beschuldigte hat ihn zugegeben —, ist auch die Aussage des Auftraggebers, jenes kommunistischen Polizeikommissars, völlig unmaßgeblich. (Er hätte sich übrigens entschlagen können, da er sich sonst wohl selbst inkriminiert hätte.) Daß dieser die Aussage verweigerte und daß nicht einmal versucht wurde, ihn, wie es das Gesetz befiehlt, zwangsweise vorzuführen, gehört in ein anderes trauriges Kapitel der kommunistischen Frechheit und der österreichischen Ohnmacht. Aber für den Fall Winterer war es unerblicklich — Der

## Steigende Exporte, sinkender Inlandsabsatz

### Zum erstenmal aktive Handels-Jahresbilanz — Eine bemerkenswerte Feststellung des Instituts für Wirtschaftsforschung

Die verhältnismäßig günstige Konjunktur, der sich die österreichische Wirtschaft erfreut, ist in erster Linie auf die beträchtliche Steigerung der Exporte zurückzuführen, stellt der jüngste Monatsbericht des Instituts für Wirtschaftsforschung fest. Die Ausfuhr war der Menge nach um 38 Prozent höher als im September 1952 und um 50 Prozent höher als im letzten Vorkriegsjahr. Der bereits die Einfuhr zurückgeführten dürfte im Jahre 1953 die Handelsbilanz zum erstenmal in der Geschichte der österreichischen Republik mit einem Überschuss abschließen.

#### Im Ausland mehr verkauft, im Inland weniger

Die starke Steigerung der Exporte darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Inlandsabsatz in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 12 Prozent niedriger war als im Jahre 1952.

In diesem Zeitraum war die gesamte Industrieproduktion um 2 Prozent niedriger als in den ersten acht Monaten des Jahres 1952; wäre es der Industrie nicht möglich gewesen, in den Export auszuweichen, dann hätte die Industrieproduktion nicht bloß um 2 Prozent, sondern um 10 Prozent eingeschränkt werden müssen. Das Institut zieht daraus den Schluß,

daß der Konjunktur im Inland erhöhte Aufmerksamkeiten geschenkt werden muß; mit ihrer Hilfe wird es möglich sein, einen hohen Beschäftigungsgrad zu sichern, zusätzliche Arbeitsplätze für die ins Berufsleben tretenden geburtsstarken Jahrgänge zu schaffen und die Produktionsmittel bestens zu nutzen.

Die Investitionsstätigkeit ist gegenwärtig um 20 Prozent niedriger als im vorigen Jahr; das Institut erwartet auf diesem Gebiet eine Belebung durch die im Bundesvoranschlag vorgesehenen höheren Investitionen.

#### Preise und Löhne stabil halten!

Es ist allerdings eine Frage von weitreichender Bedeutung, heißt es in dem Bericht weiter, ob diese starken expansiven

Kräfte, die sich über kurz oder lang in einer stärkeren Belebung der heimischen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern äußern werden können.

zu einem echten Mengenkonjunktur und zu einer Erhöhung des Sozialprodukts führen oder lediglich in einem Preis-Lohn-Auftrieb verpuffen werden. Alles hängt davon ab, ob es gelingt, in den nächsten Wochen- und Monaten Freise und Löhne annähernd stabil zu halten.

Der Bericht erwähnt auch die Folgen der Liberalisierung für das Preisgefüge: schon die Ankündigung der Liberalisierung habe vielfach preisdrückend gewirkt. Einzelne Preise, die in den letzten Monaten ohne Rücksicht auf die Marktlage erhöht wurden, müßten wegen Absatzschwierigkeiten wieder gesenkt werden.

## Wien baut den größten Wasserspeicher Europas

### Feierliche Grundsteinlegung auf dem Steinfeld

Bei Neusiedl am Steinfeld, 50 Kilometer südlich von Wien, hat gestern Vizebürgermeister Honay den Grundstein zum größten Trinkwasserspeicher Europas gelegt. Er wird mehr Wasser fassen als alle bisher in Gebrauch stehenden Wassereservoirs und nach seiner Fertigstellung wird es in Wien keinen Wassermangel mehr geben.

Der feierliche Akt der Grundsteinlegung trug den Stempel des außerordentlichen Ereignisses; hundert Teilnehmer aus Wien und aus den umliegenden Städten und Orten füllten das weite mit Fahnen abgesteckte Gelände. Die Wiener Stadträte und Gemeinderäte waren fast vollständig erschienen und mit ihnen viele Abgeordnete und Vertreter des Landes-Niederösterreich und die Bürgermeister der Gemeinden des Steinfeldes.

#### Eine Baufläche von sieben Hektar

Stadtrat Thaller verwies in seiner Ansprache auf die Bedeutung des nun in Angriff genommenen Bauwerkes. Er erinnerte daran, daß fast auf den Tag genau vor achtzig Jahren die Erste Wiener Hochquellenleitung in Betrieb genommen wurde.

Der neue Speicher wird mit seinem Fassungsvermögen von rund 600.000 Kubikmeter wohl der weltweit größte geschlossene Trinkwasserbehälter in Europa sein. Das Bauwerk, dessen vier Kammern eine Fläche von 7 Hektar bedecken und dessen Füllhöhe das bisher noch niemals angewendete Maß von 10 Meter aufweist, wird in Stahlbetonkonstruktion ausgeführt.

Dieser Behälter, der ständig von der Ersten Hochquellenleitung durchflossen wird, speichert zu Zeiten geringeren Verbrauches die überschüssigen Wassermengen, die dann bei Wasserknappheit verwendet werden.

Die Durchführung dieses riesigen Bauwerkes, die vier großen Wiener Baufirmen anvertraut wurde, wird hundertsten Bauarbeitern von Niederösterreich für lange Zeit Arbeit geben.

Stadtrat Thaller sprach schließlich, dem Senatral Ingenieur Steinwender, dem Leiter der Wiener Wasserwerke, der sich seit Jahren mit wissenschaftlichem Enthusiasmus um die Wiener Wasserversorgung verdient gemacht hat, für seine Arbeit. Es war sein Gedanke, diesen Speicher zu bauen, um dem Wassermangel in Wien ein Ende zu machen, und

er ruhte nicht eher, als bis das große Werk begonnen wurde.

#### Ein bedeutsames Stück Wiener Kulturarbeit

Vizebürgermeister Honay, der die Größe des Bürgermeisters übermittelte, nahm dann die Grundsteinlegung vor. Er erklärte, daß mit der Inangriffnahme dieser Arbeit die Zeit der Provisionen abgeschlossen ist. Die Baukosten von rund 90 Millionen Schilling erscheinen in Anbetracht der außerordentlichen Dringlichkeit der Verbesserung in der Wiener Wasserversorgung gescheitert. Hier in Neusiedl, sagte der Vizebürgermeister,

wird ein weiteres Stück Kulturarbeit der Wiener Stadtverwaltung im Interesse der gesamten Bevölkerung geleistet.

Nach der Verlesung des Textes der Urkunde durch Stadtbauinspektor Ingenieur Gundacker legte Vizebürgermeister Honay den Grundstein, in dem die Bauurkunde eingemauert wurde.

#### Englands Zusammenarbeit mit der Europa-Armee

London. Ein Sprecher des englischen Außenamtes bestätigte die vom Außenminister in der französischen Nationalversammlung mitgeteilte Bereitschaft der englischen Regierung, ein formelles Abkommen über eine enge politische und militärische Zusammenarbeit mit der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft abzuschließen. Der Sprecher fügte hinzu, daß die Verhandlungen über die Ausarbeitung eines solchen Abkommens gute Fortschritte machen.

#### Walter Reuther wieder Präsident des CIO

Cleveland. Walter Reuther wurde vom Kongress des Gewerkschaftsverbandes CIO einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Auch der gesamte Vorstand bleibt im Amt. Reuther sagte nach seiner Wahl: Wir sind nicht eine kurzzeitige wirtschaftliche Interessengruppe. Wir werden unsere Kräfte mobilisieren und gegen die Intoleranz der Schiffträger und die Rassendiskriminierung kämpfen.

#### Italien kommt zur Fünferkonferenz über Triest

Rom. Ministerpräsident Pella überreichte Samstag den Botschaftern Amerikas, Englands und Frankreichs die Antwort Italiens auf die Einladung zu einer Fünferkonferenz über Triest. Dazu verläutet, daß Italien die Einladung unter bestimmten Bedingungen angenommen hat.

In einem Kommuniqué des italienischen Außenministeriums über die Unterredungen Pellas mit den Botschaftern heißt es, daß die italienische Regierung beschlossen habe, eine positive Haltung zu dem Vorschlag der Westmächte über die Fünferkonferenz einzunehmen.

#### Sogenannte Wahlen in Jugoslawien

Belgrad. Ungefähr zehnhalb Millionen Jugoslawen werden Sonntag ein neues Bundesparlament und die Parlamente der sechs Länder, die die jugoslawische Föderativepublik bilden, wählen. In den meisten Wahlbezirken gibt es aber nur einen von der Kommunistischen Partei unterstützten Kandidaten. Die Wahl dieser Kandidaten ist somit von vornherein gesichert. Nur in sieben Bezirken bewegen sich auch Kandidaten um die Stimmen der Wähler ohne die offizielle Unterstützung der Kommunistischen Partei zu haben. Andere politische Parteien als die Kommunistische Partei und der von ihr gelenkte sogenannte Sozialistische Bund der Werktätigen bestehen bekanntlich in Jugoslawien nicht.

#### Kanada gegen Brownells Indiskretionen

Washington. Der kanadische Botschafter drückte dem amerikanischen Außenministerium sein Bedauern darüber aus, daß Justizminister Brownell bei seiner Aussage vor dem Senatsunterschuß für innere Sicherheit auch einen Brief der kanadischen Regierung veröffentlicht hat, der als Staatsgeheimnis betrachtet wird.